

# Schwarzwälder Tageszeitung

## Aus den Tannen

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochensatzpreis: Monatlich durch Post 1.20 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Altensteig, Donnerstag den 20. Oktober 1932 | 55. Jahrgang

### Klepper-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages

Berlin, 19. Okt. Im Klepper-Untersuchungsausschuss wurde zunächst der Fall „Königliche Volkszeitung“ weiter behandelt und hierzu Generalkonful Maus-Köln gehört. Dabei kam es zu einem Zwischenfall mit dem Vorsitzenden, als Generalkonful Maus die Bemerkung machte, daß sich unter den Zeitungen, die Staatshilfe in Anspruch nahmen, auch sozialdemokratische und deutschnationale Zeitungen befänden hätten. Dem Vorsitzenden befieligt der Zeuge, Generalkonful Maus, daß er sich nicht nur an Hirtfelder, sondern auch an andere Stellen gewandt habe, um die noch fehlenden 2 Millionen für das Aktienkapital aufzubringen. Aber eine Generalversammlung, die eine politische Tätigkeit ausüben solle, könne man nicht mit allzu viel Aktionären leiten. Die Rentabilität des Unternehmens sei gefährdet gewesen. Wenn jetzt keine Dividende gezahlt werde, so weil das Anzeigengeschäft wegen der Wirtschaftskrise katastrophal heruntergefallen sei. Die Mindereinnahme aus Anzeigen beziffert Maus für das Jahr auf 800 000 RM. Auf Fragen des Abg. Dr. Muhs (NS.) sagt Generaldirektor Maus, daß als Geldgeber ihm gegenüber nur aufgetreten seien Minister Hirtfelder, Direktor Pädde und Dr. Heß (der inzwischen verstorbenen Führer der preussischen Zentrumsfraktion). Wer tatsächlich der Geldgeber gewesen sei, wisse er auch heute noch nicht.

Zu einer geizigen Auseinandersetzung kommt es, als Abg. Muhs (NS.) immer wieder auf die Frage nach der Rentabilität der „Königlichen Volkszeitung“ zurückkommt. Zeuge Maus sagt, er wolle sich nicht immer wiederholen, aber seit dem 1. August habe das Blatt bereits wieder 9000 Abonnenten gewonnen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie viele Abonnenten die „Königliche Volkszeitung“ denn überhaupt habe, verzweigte der Zeuge die Auskunft.

Dr. Muhs: Sie wissen doch, daß man im Volke sagt: Der feine Mann riecht nicht, er gründet eine Aktiengesellschaft. (Heiterkeit.)

Maus: Das ist dann ein sehr feiner Mann. (Erneute Heiterkeit.)

Auf weitere Fragen, ob Maus nicht doch gewußt habe, daß die Preußenkasse als Geldgeber fungiert habe, bleibt der Zeuge dabei, daß er nur mit den genannten drei Aktionären, nicht mit der Preußenkasse zu tun hatte. Daß Interessen des Staates dahinter ständen, sei ja ganz selbstverständlich gewesen. Er habe deshalb auch keine Bedenken gehabt, denn als anständiger Mensch pflege er kein „Geschäfte zu machen, gegen die er Bedenken habe. Es wird behauptet, so sagt der Zeuge Maus, daß Preußen an einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Unternehmen beteiligt ist. Unter diesen Unternehmen befinden sich auch Zeitungen und ich halte es unter diesen Umständen für richtiger, daß sich der Staat an einer großen Tageszeitung beteiligt statt an einer Zeitschrift.

Abg. Dr. Muhs: Sie wären also jederzeit bereit, staatliche Subventionen zu nehmen?

Zeuge Maus: Ja! Sofern damit nicht eine politische Beeinflussung irgend welcher Art verknüpft ist. Ausländische Gelder würde er nicht genommen haben.

Durch die Frage nach dem Inhalt einer Unterredung zwischen Konful Maus und Klepper am 20. August 1930 sucht der Vorsitzende festzustellen, ob Maus nicht doch gewußt habe, daß das Geld von der Preußenkasse kam. Der Zeuge sagt, Hirtfelder habe ihn an Klepper verwiesen.

Abg. Dr. Muhs: Wenn Sie dann noch die Behauptung aufrecht erhalten, Sie hätten nicht gewußt, wer das Geld hergab, dann leisten Sie einen glatten Meineid. (Große Unruhe.)

Zeuge Maus: Wer das Geld gibt, ist mir persönlich ganz gleichgültig. Sie wollen mich zwingen, zu sagen, ich hätte gewußt, daß das Geld von der Preußenkasse kam. Sie können mich aber nicht zwingen, einen Meineid zu leisten.

Auf Fragen des Zentrumsabgeordneten Wehinger bekräftigt der Zeuge Maus, daß die „Königliche Volkszeitung“ besonders in Eupen und Namur in deutschnationalem Sinne gewirkt habe und daß die Staatsregierung das stets anerkannt.

Abg. Wehinger: Geben Sie Geld zu bei dieser Auslandspropaganda?

Zeuge Maus: Wenn wir keine Nebenbetriebe hätten, würde die „Königliche Volkszeitung“ niemals rentabel sein, ebenso wenig wie die Frankfurter, die Kölnische Zeitung, die DAZ, und andere. Wir haben die wärmste Anerkennung gefunden von Staatsmännern aller Parteien, von Stresemann, Reichsminister Müller, (Bursche bei den Nationalsozialisten: Sozialstaatsmänner.) Ich weiß nicht, was Ihre Staatsmänner für welche sind. (Heiterkeit.) Erst im Zuge, als ich hierher fuhr, hat mir ein deutschnationaler Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Hierher allerdings noch nicht. (Heiterkeit und Zurufe bei den Nationalsozialisten: Die werden Sie auch nicht kriegen!)

Dr. Muhs (NS.): Können Sie uns Namen von deutschnationalen nennen, die Ihnen Anerkennungsschreiben geschickt haben?

Zeuge Maus: Darauf verzweige ich die Aussage. Es entspricht sich darauf wegen dieser Verweigerung eine Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wird die Zulässigkeit der Frage in Abwesenheit der Kommunisten mit Stimmenmehrheit der Rechten gegen

### Verordnung zur Ergänzung sozialer Leistungen

Berlin, 19. Okt. Die Reichsregierung hat am Mittwoch eine Verordnung erlassen, die Korrekturen der bisherigen sozialen Verordnungen bringt. Die Verordnung sieht an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter vor. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krankenunterstützung nach den Lohnklassen 1 bis 6 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Untercheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 RM.; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 RM. und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 RM. Künstlich werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

In der Krankenversicherung läßt die neue Verordnung in beschränktem Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Überschreiten des Höchstalters wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspfeile für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspfeile zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen.

Die neue Verordnung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereigneten, nicht mehr gekürzt werden.

Berner sieht die neue Verordnung Minderungen hinsichtlich der Kriegsoffizierrenten vor. Nach der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 blieben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 RM. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtag festgestellten Renten gelten.

Sozialdemokraten und Zentrum abgelehnt. Eine neue Geschäftsordnungsdebatte ergab sich, als der Vorsitzende den Zeugen Maus sofort vereidigen will. Das Zentrum macht geltend, daß dieses Verfahren an sich nicht üblich sei, weil in allen Untersuchungsanschlüssen die Zeugenvereidigung erst am Schluß erfolge. Schließlich meint Abg. Muhs (NS.), er habe gleichfalls Bedenken gegen die Vereidigung des Zeugen Maus, weil verschiedene seiner Aussagen offenbar unrichtig seien, so daß der Ausschuss sich unter Umständen einer Mitäufklärung beim Meineid schuldig machen könnte.

### Reichskanzler Papen vor dem Untersuchungsausschuss

In der Nachmittags Sitzung wurde Reichskanzler von Papen vernommen. Der Reichskanzler hatte noch einige Minuten zu warten, ehe er aufgerufen werden konnte, weil vorher die Zeugenvernehmung des Direktors Iron von der Preußenkasse in Gang gekommen war. Die Vernehmung wurde unterbrochen. Der Ausschussvorsitzende sagte dem Reichskanzler, man wolle von ihm Auskunft über die Frage haben, ob nach seinem Wissen mit indirekten Mitteln der Preußenkasse Germaniakonten aufgeföhrt worden seien durch die Görreshaus AG. Minister Hirtfelder habe gesagt, daß man Aktien der Berliner „Germania“ aufkaufen wolle, um den Einfluß des Herrn von Papen auszuüben. Reichskanzler von Papen: Mir ist lediglich bekannt, daß zu jener Zeit ein gewisses Aktienpaket, das wohl im Besitz des früheren Ministerialdirektors Spieder war, verkauft wurde. Dieses Paket ist zum Teil in die Hände der Görreshausgesellschaft gelangt. Mit welchen Mitteln, war mir seinerzeit unbekannt. Das habe ich erst durch die Nachprüfung bei der Preußenkasse erfahren.

Abg. Rau (Komm.): Gestern wurde von Minister Klepper gesagt, daß es sich beim Abschluß des Geschäftes mit der Görreshaus AG. um eine Art Gewohnheitsrecht handelte, daß also der Staat sich an mehreren Zeitungen schon beteiligt habe. Es wäre interessant, von Ihnen, Herr Reichskommissar (Heiterkeit), zu erfahren, ob die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen auch unter Ihrer Herrschaft weiter fortgesetzt wurde. Ist Ihnen insbesondere bekannt, ob das Reichswehrministerium an der Täglichen Rundschau beteiligt ist, oder ob dorthin Mittel des Reichswehrministeriums fließen?

Reichskanzler von Papen: Herr Vorsitzender, ich habe folgenden zu erklären: Außer den im Reichsbauhaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind seitens der Reichsregierung, seitdem ich an der Spitze der Reichsregierung stehe, für Zwecke der Pressebetriebe in irgend einer Form keinerlei Mittel aufgewandt worden. Was die Unterstützung oder Beteiligung des Reichswehrministeriums an der Täglichen Rundschau betrifft, so ist mir das nur aus der Presse bekannt, und ich bezweifle, daß irgendwelche Mittel des Reichswehrministeriums hier verwendet worden sind.

Abg. Rau (Komm.) beantragt darauf die Vernehmung des Reichswehrministers.

In der Rentenversicherung wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsch möglichst sein, die Gewährung von Waisentrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Invalidenversicherung wird leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können.

### Die Kosten der neuen Verordnung

Berlin, 19. Okt. Zu der neuen Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Rotverordnung des Reichspräsidenten handelt, sondern um eine Verordnung der Reichsregierung, die auf Grund der in der Rotverordnung vom 4. Dezember enthaltenen Ermächtigung erlassen worden ist. Die vorliegende Verordnung enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen der sozialen Leistungen, soweit sie nur irgendwie wirtschaftlich tragbar sind. Insgesamt belaufen sich die durch die Rotverordnung entstehenden Kosten für die nächsten fünf Monate auf rund 70 Millionen RM.

Im einzelnen setzt sich diese Summe zusammen aus den Beträgen, die für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung im Winter bis zum 1. April nächsten Jahres vorgesehen sind, und die man mit monatlich etwa 11 Millionen RM. veranschlagt, also in fünf Monaten etwa 55 Millionen RM. Darin sind auch die Mehrkosten der neuen Ortsklasseneinteilung und die zum Ausgleich der Härten für besondere Fälle der Bemessung von Unterstützungen ausgesetzten Beträge enthalten. Zu diesen 56 Millionen kommen noch rund 4 Millionen hinzu, die als Kosten für die Verbesserungen der Unfallrenten ausgesetzt sind und weitere 10 bis 11 Millionen RM. für die Kriegsbeschädigtenrenten sorgen.

Auf die Frage des Abg. Sillat (Soz.), ob er persönlicher Besitzer von Germania-Aktien oder nur Treuhänder sei, erwidert der Kanzler, er sei persönlicher Besitzer, doch seiner Kenntnis gebe es nur zwei Dispositionsfonds, aus denen Mittel für die Presse überhaupt gegeben werden könnten, nämlich die Dispositionsfonds des Reichskanzlers und der Presseabteilung in Höhe von zusammen 200 000 RM.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Muhs fragte dann unter Hinweis auf die Aussagen des Ministers Hirtfelder, welches die Gründe gewesen seien, die zu dem Widerpruch Papens mit der offiziellen Zentrumspolitik führten. Der Reichskanzler erwidert, er habe seinerzeit das Aktienpaket gekauft, um in dieser Zeitung einen konservativen Einschlag zum Ausdruck zu bringen, für den er auch innerhalb der Zentrumspartei stets gearbeitet habe. Damit war die Vernehmung des Reichskanzlers beendet.

An den Staatssekretäre in der Reichskanzler, Pfand, der dann als Zeuge aufgerufen wird, richtet der Vorsitzende die gleiche Frage wie an den Reichskanzler. Der Staatssekretär antwortet im demselben Sinne wie der Reichskanzler.

### Um den Konferenzort

Paris, 19. Okt. Die französisch-englischen Unterhaltungen über die Viermächte-Konferenz werden fortgesetzt. Ministerpräsident Herriot wurde am Dienstag vom englischen Botschafter Lord Tyrrell über den neuesten Stand der deutsch-englischen Verhandlungen wegen des Konferenzortes unterrichtet. In Paris sagt man, daß der englische Ministerpräsident MacDonald nunmehr wahrscheinlich Lausanne vorschlagen und daß Herriot sich nicht mehr dagegen sträuben werde, wenn Polen, Belgien und die Tschechoslowakei grundsätzlich zur Teilnahme an der Konferenz zugelassen oder mindestens bei Erörterung von Fragen, die sie interessierten, angehört würden. Nach französischer Auffassung wäre das in Genf nicht nötig, weil die Vertreter dieser Mächte dort zur Stelle sind.

London, 19. Okt. „Times“ sagt in einem Leitartikel, die Kempauke, die durch das Steckenbleiben des gutgemeinten Konferenzplanes entstanden sei, brauche keinen Schaden zu bedeuten, wenn sie gut benutzt werde. Da die Erörterung der deutschen Forderung auf jeden Fall aufgehoben werden müsse, sollten die anderen Mächte inzwischen die goldene Gelegenheit benutzen, um festzustellen, in welcher Weise sie ihre Abklärung durchführen wollen. Es frage sich z. B., ob Frankreich bereit sei, seine beschränkten Streitkräfte weiter herabzusetzen, und wie es sich auf dem Gebiete der Beihilfen zu England und Amerika stellen wolle. Eine andere Frage sei, ob England sich mit den Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung befinde.

Berlin, 19. Okt. „Echo de Paris“ meldet dem „Daily Telegraph“, daß Lord Tyrrell in seiner Aussprache mit Herriot am Dienstag einen Zusammenkunftsort außerhalb der Schweiz angeregt, daß aber Herriot auf Genf bestanden habe.



Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bemerkt dazu: So bleiben dem englischen Kabinett nur zwei Möglichkeiten: 1. zu versuchen, sich die Zustimmung der anderen Mächte zu Paulsanne an Stelle von Genf als Zusammenkunftsort zu sichern oder 2. den Gedanken an eine Viererkonferenz aufzugeben und eine gemeinsame Erklärung Englands, Frankreichs, Italiens und der anderen Unterzeichnermächte des Versailler Vertrags abzugeben. In ihr würde zu versichern sein, daß Deutschland in Genf als gleichberechtigt behandelt worden sei und behandelt werden solle daß die künftige Militärstärke und Ausrüstungen einschließlich der Deutschlands freiwillig und auf Grund eines allgemeinen Einverständnisses einer Abrüstungsvereinbarung einverleibt werden solle und daß die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages auf Grund eines allgemeinen Einverständnisses, aber nicht durch einseitige Maßnahmen geändert werden könnten.

### Sturm in Norddeutschland

Im norddeutschen Küstengebiet und über der Nordsee setzte in der Nacht zum Dienstag ein heftiger Südwestwind ein, der sich zu Sturmstärke steigerte. Zahlreiche Dampfer, die die Elbe verlassen wollten, sahen sich gezwungen ihre Ausreise zu verschieben. Am Dienstag vormittag zog eine Windstöße über Reinsbüttel in Dithmarschen hinweg, die großen Schaden anrichtete. Das Dach einer riesigen Scheuer wurde 500 bis 600 Meter weit fortgeschleudert. Auch in Berlin wurde eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 45 Kilometerstunden festgestellt. Ein Sturm in solcher Stärke tritt in Berlin nur selten auf. Der Sturm, der abends von Südwest auf Nordwest drehte, machte sich um so unangenehmer bemerkbar, als er schwere Regenschauer heraufschickte. In den Wäldern der Umgegend Berlins, sowie in den Parkanlagen und in den Laubentlonen wurde viel Schaden angerichtet. An mehreren Stellen stürzten Bäume um.

Seit Dienstag mütet auch über Leipzig ein heftiger Sturm, der teilweise erheblichen Schaden anrichtete. So wurden in einzelnen Stadtteilen Plafondhölzer ungerissen. In Kötha bei Leipzig stürzte am Dienstag abend der Turm der Marienkirche zusammen. Dadurch wurden alle elektrischen Leitungen zerstört, so daß die Stadt ohne Licht war. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Feuerwehr und Köthaer Bürger haben sofort die nötigen Abwehrmaßnahmen vorgenommen.

### 280 Millionen RM. für Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn

Berlin, 19. Okt. Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms von 280 Millionen RM. beendet. Dieses Programm bezieht darauf, daß der Reichsbahn rund 180 Millionen RM. Steuergutscheine aus der Beförderungsteuer zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Millionen RM. ihr eigener Kredit anspannt werden soll. Bei der Finanzierung ist davon ausgegangen, daß die Steuergutscheine nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint aus marktwirtschaftlichen Gründen erwünscht. Vor allem wird aber dadurch gewährleistet, daß die volle Summe auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann. Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuergutscheine wird überbrückt werden mit Hilfe der am 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahnbeschaffungs-G.m.b.H. (R.B.G.). Diese wurde von der Deutschen Verkehrskreditbank mit einem Kapital von 10 Millionen RM. gegründet, auf das sofort 25 Prozent eingezahlt wurden. Bei Fälligkeit von Zahlungen werden die Lieferer und Unternehmer Wechsel auf die R.B.G. ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Verkehrskreditbank sofort diskontiert werden, so daß dem Unternehmer oder Lieferer alsbald der Rechnungsbetrag ausgegahlt wird. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn bis zum Betrage von 180 Millionen RM. ist die Öffentlichkeit bereits unterrichtet. Der darüber hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau der aus früheren und noch laufenden Bestellungen herrührenden Oberbau- und sonstigen Stoffe bestimmt.

### Notverordnung gegen Autodiebstahl

Berlin, 19. Okt. Vor der Vereinarbeitung strafverbrechender Journalisten machte Reichsjustizminister Dr. Gürtner Mitteilungen über Maßnahmen der Reichsregierung zur verschärften Bekämpfung des Kraftwagen- und Autodiebstahls. Das Reichsjustizministerium hat dem Reichskabinett den Vorschlag gemacht, eine Notverordnung zu erlassen und Strafbestimmungen zu schaffen, durch die die Gerichte in die Lage versetzt werden sollen, das Problem der Bekämpfung des Autodiebstahls befriedigend zu lösen. Der Erlaß dieses Strafgesetzes als Notverordnung sei als ein dauernder gedacht. Das Reichskabinett hat die Vorlage bereits gebilligt; es fehlte lediglich die Unterschrift des Reichspräsidenten, um sie zu veröffentlichen. Während bisher nur die Entwendung eines Kraftwagens strafbar war, soll nunmehr auch das Angebrauchen, also das unberechtigte Fahren mit einem Kraftwagen unter das Strafrecht fallen. Unter dem Gesetz sollen Kraftwagen, Motorräder, Wasserfahrzeuge und auch die übrigen Fahrzeuge fallen, die den Besitzer eines Kraftwagens der Verlust des Rahmens oft schwerer trifft, als den Autobesitzer der Verlust des Autos. Die Notverordnung geht für dieses Verbrechen eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren vor.

### Fürstenhochzeit in Koburg

Koburg, 19. Okt. Die Vermählungsfeierlichkeiten anlässlich der am Donnerstag in Koburg stattfindenden Hochzeit des Prinzen Gustav Adolf von Schweden mit der Prinzessin Sibylla von Sachsen-Koburg-Gotha nahmen mit einem Presseempfang in der Diele des Fürstenschlosses auf der Höhe Koburg, der Winterwohnung des Herzogspaares, ihren Anfang. Der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha sowie das Brautpaar waren anwesend und unterhielten sich mit den über 50 Pressevertretern des In- und Auslandes. In dem Empfang erschienen waren. Allein auch von der deutschen Presse sind 20 Pressevertreter in Koburg anwesend. Es wurden sodann gemeinsam die zahlreichen und prächtigen Arbeitsgeschenke bekräftigt, wobei besonders das Geschenk des Reichspräsidenten von Hindenburg, zwei prachtvolle Leuchter und eine kunstvolle Obisphale aus der königlichen Porzellanmanufaktur ins Auge fielen. Die Stadt Koburg schenkte dem Hochzeitspaar ein solches Kolonial-Servis und eine Modellpuppe, die die Prinzessin Sibylla trägt, die Stadt Koburg schenkte ein Tafel-

service, und die Stadt Koburg selbst u. a. eine Wiege, die einen doppelten Boden hat. Zwischen die Wände soll Koburger Erde gefüllt werden damit der zu erwartende Stammhalter auf helmatlichem Boden aufwächst. Vom 19. Oktober ab übernahm eine Kompanie des Reichsheeres auf Anordnung des Reichspräsidenten die Ehrenwache auf der Höhe Koburg. Bei den Hochzeitsfeierlichkeiten sind 67 Ehrengäste anwesend.

### Neues vom Tage

#### Kleiner Unfall Hindenburgs

Berlin, 19. Okt. Amerikanische Blätter verbreiten die Meldung, daß der Reichspräsident vor kurzem auf der Treppe ausglitt und sich schweren Schaden zugezogen habe. Das trifft in dieser Form glücklicherweise nicht zu. In Wahrheit hat sich vielmehr folgendes ereignet: Der Reichspräsident ist vor ungefähr acht Tagen in der Tat auf dem Boden ausgerollt und hingefallen. Er hat dabei jedoch, so wird aus seiner Umgebung ausdrücklich versichert, keinen Schaden genommen. Das mag auch dadurch bestätigt werden, daß Hindenburg nicht eine Stunde seine gewohnten Amtsgeschäfte unterbrochen hat.

#### Polizeiliche Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses

Berlin, 19. Okt. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht fand am Mittwoch eine Durchsuchung der Citydruckerie des Karl-Liebknecht-Hauses statt. Der Grund zu dieser Aktion ist weiteres Beweismaterial zu einem bei dem Reichsgericht schwebenden Verfahren zusammenzutragen. Die Rotationsmaschine der Citydruckerie wurde beschlagnahmt, da durch Sachverständige festgestellt wurde, daß auf ihr Schriften hochverräterischen Inhalts gedruckt worden sind.

#### Einigung über die Wadefelleidung

Berlin, 19. Okt. Im preussischen Ministerium des Innern hat am 18. Oktober eine Besprechung mit den Vertretern der Wadefelleidung und des Textilhandels stattgefunden. Die Besprechung hat zu einer Einigung aller Beteiligten über die polizeilichen Anforderungen an eine zweckmäßige und geschmackvolle Wadefelleidung geführt, die dem sittlichen Empfinden der Bevölkerung entspricht. Damit sind die gegen den Erlaß vom 28. September entstandenen Bedenken der beteiligten Wirtschaftskreise ausgeräumt.

#### Das neue Kabinett in Rumänien

Sinaja, 19. Okt. Manu erklärte, daß er die Vertrauensfrage mit der Regierungsbildung endgültig angenommen habe. Minister des Inneren wird Titulescu werden. Manu wird am Donnerstag die Regierungsliste dem König unterbreiten.

#### Der sächsische Landtag gegen Reichsreform

Dresden, 19. Okt. Der sächsische Landtag hat im Zusammenhang mit einer sozialdemokratischen Anfrage über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Frage der Reichsreform beschlossen, die sächsische Regierung zu beauftragen, gegen die Pläne der Reichsregierung scharfsten Protest einzulegen und im Reichsrat gegen alle verfassungsändernden Gesetzesentwürfe zu stimmen. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Demokraten. Der Beschluß erfolgte gegen ausdrückliche Vorstellungen der sächsischen Regierung.

#### Eisenbahnunfall — 2 Tote, 9 Verletzte

Halle, 19. Okt. Am Kleinbahnübergang Passendorf der Halle-Dessau-Eisenbahn stieß ein Personenzug mit einem Kraftomnibus zusammen. Der Besitzer des Omnibusses wurde auf der Stelle getötet; ein Fuhrer ist tödlich verletzt. Fünf Personen erlitten sehr schwere und vier leichtere Verletzungen. Die Schranken am Bahnübergang waren außer Betrieb, da sie von heftigem Sturm stark beschädigt worden waren.

#### Neue Schlacht im Chacogebiet

La Paz, 19. Okt. Im Chacogebiet ist nach privaten Meldungen eine heftige Schlacht zwischen Bolivianern und Paraguasern im Gange. Die Paraguasern, deren Stärke 14 000 Mann beträgt, sollen zurückgeschlagen worden sein.

### Aus Stadt und Land

Altensteig, den 20. Oktober 1932.

#### Wie soll unser Reich der Zukunft aussehen und wie schaffen wir Ordnung und Recht?

Ueber dieses Thema sprach am gestrigen Abend im Saal des „Grünen Baums“ Land- und Reichstagsabg. Dr. Wider-Struttgart, nachdem ihn Mähdobler Silber namens der Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei begrüßt und das Eintreten des Versammlungseredners in den Parlamenten für den Mittelstand besonders hervorgehoben hatte. Zwar war die Jubelstimmung am gestrigen Abend keine besonders große, aber die Anwesenden folgten mit außerordentlichem Interesse den sächsischen und mit großem Ernst vorgetragenen Ausführungen des Redners.

Einführend führte Dr. Wider aus, daß wenn unser Vaterland hoch kommen wolle, dann könne dies nur unter den Grundgesetzen der Deutschnationalen Volkspartei geschehen, die zwar in ihren Wahlergebnissen große Sprünge verzeichnen, mit umso mehr Ueberlegung und Ernst aber vorzutragen, was sie zu sagen haben. Die alten Forderungen Eugenbergs, des Führers der Deutschnationalen Partei, würden mehr und mehr anerkannt und seien nun auch von Papen aufgenommen worden. Es sei eine Genugtuung für keine Partei, daß die Erkenntnisse mehr und mehr aufkomme, daß die deutschnationalen Forderungen richtig seien und zweifellos müsse diese Aufgabe der Partei neuen Auftrieb geben. Die letzten 13 Jahre Herrschaft der Arbeiterführer der Nationalen und Gewerkschaftler, die scheinbar dem Arbeiter dienen sollte, habe zwei Gruppen herausgebildet: auf der einen Seite die Gruppe der Gewerkschaftler, auf der anderen Seite die Gruppe der Arbeiterführer, die zur Herrschaft der Plutokratie, zur Geldherrschaft, geführt. Das Volk sei dabei geistig und materiell verarmt. Die Arbeiterführer haben den Menschen vorgetäuscht, den breiten Massen zu dienen, das Resultat sei die Arbeitslosigkeit. Das nationale Vermögen sei in dieser 13jährigen Herrschaft auf ein Bruchteil zurückgegangen. Die Führer der Gewerkschaften haben nationalpolitisch und wirtschaftlich ganz verjagt. Nach dem Fehler der wahnwichtigen Inflation, durch den der Besitzstand der Nation zum großen Teil verloren gegangen sei, habe man

den weiteren Fehler gemacht, die Mark auf Dollarbasis zu stellen. Die Folgen seien die ewigen Lohn- und Gehaltsverhöhungen, die großen, unerhörten Zinsen für die Wirtschaft gewesen. Dazu habe man über die Verhältnisse ganz allgemein gelebt, wobei der Redner auch auf den Index der Sozialversicherung hinwies, der dreimal so hoch sei als in Friedenszeiten. Durch diese falsche Politik habe man den Arbeitern die Arbeitsplätze und den Unternehmern die Rente ihres Betriebs genommen. Dabei bestände die Unmöglichkeit wegen der Unmöglichkeit der Zahlungen aus Ausland, an die Siegerstaaten; man wisse nicht, wie sich unsere ehemaligen Feinde dazu stellen. Man sei auf der ganzen Linie auf einem toten Punkt angelangt. Auf der einen Seite sind uns die Exportmärkte genommen worden, auf der anderen Seite habe die Nationalisierung bzw. Uebernationalisierung keinen Vorteil gebracht. Maschinen seien mit geborgtem Geld aufgestellt und dafür die Arbeiter brotlos gemacht worden, die nun der Versicherung anheimfallen. Eine innere Wirtschaft könne man sich nicht vorstellen. Dabei bestehe ein Mißverhältnis zwischen Volkseinkommen und Verbrauch. Dies führe zur Verzehrung der Substanz. Die Deutschnationalen haben alles vorausgesagt, wie es nun eingetroffen ist. Wo sei nun der Export und was verdiene man schließlich noch mit dem gebliebenen. Die Deutschnationale Partei sei immer für den Binnenmarkt eingetreten, aber man habe sie nur verdächtigt. Der Auslandsmarkt sei nicht das wichtigste, sondern der Binnenmarkt. Beim Auslandsmarkt sei man vom Ausland abhängig, beim Binnenmarkt Herr seiner selbst. Der Redner weist auf Holland, England und Frankreich hin, wie diese zu ihrem Vorteil Binnenwirtschaft treiben. Wenn wir sie aber einführen wollen, führe der Redner aus, brülle die ganze Meute. Eugenbergs habe vollständig recht mit seiner Stellung zu den Kontingenten. Ein guter Binnenmarkt sei besser, als ein unsicherer Auslandsmarkt. Der Redner wies dann auf die Notwendigkeit eines effizienten Bauernstandes hin. Es sei doch so, daß der Bauer bei guter Ernte nichts bekomme für seine Erzeugnisse, sondern nur bei schlechter Ernte. Notwendig sei weiter ein neues Aktienrecht und ein neues Gesellschaftsrecht, darauf hinweisend, daß heute sieben Milliarden Auslandskapital in unserer Industrie stehe. Der Redner kam dann auf die Dinge im Landtag zu sprechen und die Unzulänglichkeit der Mittel. Die Schlachttiere sei keinesfalls erbaulich und auch nicht die Gehaltszahlung der Beamten anders zu gestalten. Andere Vorschläge zur Deckung konnten aber von keiner anderen Partei, auch von den Nationalsozialisten nicht gemacht werden. Das Parlament habe im Landtag in frivolster Weise gehandelt. Die Parteien, die nichts taten, um Ordnung zu geben, haben den Reuhausbesitzern mit vollen Händen gegeben, nur um Stimmen zu fangen. Wie der Staatspräsident, so verurteile er dies in gleicher Weise. Der Parlamentarismus, der nach Stimmenfang ausgehe, beherrsche die innere Politik seit 13 Jahren. Das mache die Deutschnationale Partei nicht mit. Diese Verfassung müsse weg, die Herrschaft des Parlaments sei nicht das richtige. Sparen, das sei das, was unsere Aufgabe in den nächsten Jahren sei. Die Laster fortgesetzt zu vermehren, das gebe einfach nicht. Er sage ganz offen vor der Wahl, daß Sparsamkeit auf allen Gebieten durchzuführen sei, das sei die erste Aufgabe. Außerdem müsse Arbeit geschaffen werden; Eugenbergs habe einmal gesagt: sozial ist, wer Arbeit schafft. Arbeitsplätze müssen zuerst geschaffen werden, die Tarifverträge aber müssen fallen. Der Redner erklärte dann das Wort Reaktionär, das ihnen vorgeworfen werde. Ihre Reaktion bestehe darin, die Arbeiter wieder in ihre Stellen hineinzubringen. Die Preisbildungspolitik haben zu fallen. Notwendig sei Sparsamkeit in allen öffentlichen Stellen. Keine Sozialisierung. Freie Wirtschaft. Aufgabe des Staates sei es, die Wirtschaft zu steuern. Das ewige Streifen sei ein Unfug und müsse auf Jahre verboten werden. Ueber Löhne sei innerhalb des Werts zu verhandeln. Der Geldzins sei zu hoch gegenüber den Zinsen, die das Geld in der produktiven Wirtschaft abwerfe. Der Redner fragt dabei, ob es nicht berechtigt sei, daß den Inhabern eines Geschäfts ihr Geld zu vielleicht 3-4 Prozent rentiere, das ausgespielte Kapital zu 7-8 Prozent? Er wies ferner darauf hin, wie die Geschäftsleute ungeheure Summen durch die Zinsenentzug verloren haben. Wohin eine solche Finanzwirtschaft, Pumpschwärze, Ausgabenwirtschaft führe, das zeigen die letzten 13 Jahre. Zur Außenpolitik übergehend führte der Redner u. a. aus, daß die Politik der Parteien selber Freiheit gewesen sei und zwar in der Revision des Versailler Vertrags und in der Gleichberechtigungfrage. Es sei dies eine Verantwortungslosigkeit dem jungen Geschlecht und unseren Kindern gegenüber gewesen. Papen habe nun einen anderen Kurs in der Außenpolitik eingeschlagen. Es sei von der jetzigen Regierung endlich das Wort gesprochen worden, das schon vor 13 Jahren hätte gesprochen werden müssen. Auf das innen- und kulturpolitische Gebiet übergehend hob der Redner das Verlangen seiner Partei nach einer anderen Verfassung hervor und daß in Deutschland die Regierung unabhängig von den Parteien regiere. Es müsse eine zweite Kammer geschaffen werden. So, wie jetzt Gesetze gemacht werden, könne es nicht weitergehen; man solle Gesetze nicht im Galopp, sondern mit Ueberlegung machen. Regiert dürfe nicht werden nach den Tannen der Parteien, sondern nach den Notwendigkeiten des Volkes. Papen beginne wieder Sauberkeit ins deutsche Leben zu bringen. Seine Partei verlange, daß das christliche Wesen in Deutschland noch was zu sagen habe. Mit Entschiedenheit sei gegen die Gottlosendebnung vorzugehen. Kinder, die ohne Sittengesetze aufwachsen, seien eine Gefahr für die Eltern und den Staat. Der Redner wies dabei auf Rußland hin. Bezüglich der Wirtschaftspolitik wies der Redner auf das Gesagte hin. Die Wirtschaft müsse aufgebaut werden auf der Intelligenz des Einzelnen. Es sei schwer für einen jungen Menschen, seine sichere Zukunft, seinen sicheren Broterwerb vor sich zu haben. Millionen unserer Jugend fragen, warum sollen wir keine Zukunft haben, wo unseren Vätern doch auch eine Zukunft gegeben wurde. Das sei eine Gefahr und eine Mahnung. Die Wirtschaftspolitik müsse so geführt werden, daß jeder einzelne Mensch einen sicheren Weg vor sich habe. Aufgabe des Einzelnen sei es, dazu beizutragen, daß das Ganze gedeihe. Aufgabe des Staates sei es aber, den nationalen Wirtschaftsegoismus vor denjenigen jedes Einzelnen zu stellen.

Zum Kampf gegen die einzelnen Parteien führte der Redner aus, daß dieser gegen links gehe. Demokraten und Deutsche Volkspartei seien zusammengefallen. Schließlich merke das Volk doch, wer das Rechte gesagt habe. Die Deutsche Volkspartei habe ihre ganze Vergangenheit verraten. Der Christliche Volksdienst sei abzulehnen; er habe nichts getan, was dem evangelischen Volk genützt habe. Die Nationalsozialisten seien unter dem Schutz seiner Partei hochgekommen. Die Harzburger Front sei von Hitler zu Schanden gemacht worden. Die Stärke der Partei sei es nicht, was ihm imponiere. Diese Partei habe so ungeheure Widersprüche in sich, daß man sagen würde, sie sei noch nicht reif zur Regierung. Es sei unbegreiflich, warum Hitler und seine Leute nicht einsehen, mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten. Statt dessen führen sie die Verammlungen der Deutschnationalen. Es sei dies eine Sinnwidrigkeit und eine ungeheure nationale Sünde. Der Redner wies dann auf die Besprechungen der Nationalsozialisten hin und betonte, daß sie niemals das halten könnten, was sie versprochen. Im alten Deutschland sei es so gewesen, daß man Leute in das Parlament gewählt habe, die schon etwas geleistet hatten, heute seien sie kaum tonförmig und seien schon Reichstagsabgeordnete. Der Redner



zeichnet ein Bild Eugenbergs und schildert ihn als überaus fähigen, sachlichen und bescheidenen Mann, der schon etwas geleistet habe. Wenn Papen auch schon Fehler gemacht habe, so sei er doch auf dem rechten Weg. Als Eugenbergs gelehen habe, daß die Regierung Papen gutes leistet, habe er sich hinter die Regierung gestellt. Eugenbergs habe seit dem Jahre 1924 mit seinem geradezu jeherschen Blick alles richtig vorausgesagt. Er sei kein Redner, aber ein Mann der Sachlichkeit. Jetzt brauche man ganze Männer, denn es gehe um das Schicksal des deutschen Volkes. Es gehe nun darum, daß nach den Grundsätzen der Deutschnationalen Partei regiert werden könne. Je stärker wir werden, umso sicherer werde die Nationalsozialisten in die richtigen Bahnen gelenkt werden können. Es sei Pflicht des Mittelstandes, den Deutschnationalen die Stimme zu geben. Es sei ein Wendepunkt gekommen. Es müsse heißen, weg von der Linken und weg von den Nationalsozialisten.

Der Redner schloß mit der Bitte, den Wahlzettel ernstlich zu prüfen, ehe man ihn abgibt und bei jedem Parteiredner sich zu fragen, was ist Phrase und was Lockmittel. Wie man wähle, so werde die Geschichte unseres Volkes. — Nach kurzer Debatte in der Fabrikant Zimmern an für die Deutsche Volkspartei eintrat, Dr. Wöber ihn aber aufforderte, in die Reihen der Deutschnationalen Partei einzutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Dank an den Redner und die Versammlung und mit der Aufforderung, am Tag der Wahl Liste 5 zu wählen.

— Fünf-Rentenmarktscheine noch gültig. Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß die Fünf-Rentenmarktscheine noch nicht aus dem Verkehr gezogen sind, daß sie also noch gültig sind.

— Verbotene Signalinstrumente für Kraftfahrzeuge. Es werden jetzt Signalinstrumente für Kraftfahrzeuge auf den Markt gebracht, die mehrere verschiedene Töne nicht zur gleichen Zeit, sondern einzeln hintereinander abgeben. Die Anbringung oder Verwendung solcher Signalinstrumente ist verboten und strafbar. Bei mehrtönigen Signalinstrumenten müssen die verschiedenen Töne gleichzeitig in einem harmonischen Akkord anklängen. Nur für Kraftfahrzeuge der Feuerwehren im Dienst, der Wehrmacht, der Reichspost und der Polizei sind Ausnahmen zugelassen.

— Wie lange gelten Sonntagsruckschiffahrten. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: In der Öffentlichkeit ist noch nicht hinreichend bekannt, daß der Zeitpunkt für den Antritt der Rückreise mit Sonntagsruckschiffahrten an Montagen oder an Tagen nach Feiertagen bis auf Widerruf, längstens bis 1. April 1932, auf 12 Uhr ausgedehnt worden ist. Es darf also die Rückfahrt auf dem Zeitpunkt der Sonntagsruckschiffahrt am Montag oder am Tage nach Feiertagen spätestens um 12 Uhr, von Unterwegsbahnhöfen spätestens mit dem Zug angetreten oder fortgesetzt werden, der den Zielbahnhof um 12 Uhr verläßt. Die Rückfahrt ist nach 12 Uhr ohne Fahrunterbrechung zurückzuliegen. Bei Zugwechsel ist sie spätestens mit dem nächsten anschließenden Eil- oder Personenzug fortzusetzen; auch ein dem Personenzug folgender Eil- oder Schnellzug darf benutzt werden, wenn er den Ausgangsbahnhof eher als der Personenzug erreicht. An dem frühesten Zeitpunkt der Hinfahrt (Samstag um 12 Uhr) hat sich nichts geändert.

Zusammenstoß. Am Dienstagabend zwischen 7 u. 8 Uhr fuhr ein Nagolder Kaufmann mit seinem Personenzug in der oberen Poststraße in der Nähe bei Wädernheimer Dregel auf das beleuchtete Zweispännerfahrzeug des Fuhrhalters Gottl. Günthner von hier auf. Personen kamen nicht zu Schaden, dagegen wurde ein Pferd innerlich verletzt.

Warnung vor Hausierern mit Bestecken. Die Handwerkskammer Neutlingen schreibt uns: Aus verschiedenen Bezirken gehen der Kammer Klagen und Beschwerden darüber zu, daß Hausierer unter Anwendung unläuterer Methoden minderwertige Bestecke und Löffel als „Kostfreie“ verkaufen. Die angeblich sehr billigen Preise sind aber in Wirklichkeit für diese Schundwaren viel zu hoch, denn beim ersten Gebrauch erweist sich schon die Minderwertigkeit derselben. Die Bestecke sind nur aus Eisenblech gefertigt und leicht vernichtet oder verdorrt, sind aber mit der irreführenden Aufschrift „Kostgeschäfte“ oder „Kostlicher“ gestempelt. Der angebliche Kostschutz blättert bald ab, außerdem schneiden die Bestecke nicht und sind deshalb gebrauchsunfähig, bilden also eine Quelle hässlichen Lärms. Die sogenannten Hornbestecke — in Wirklichkeit ganz minderwertiges Material — färben ab und zerbrechen bald. Die Löffel sind nur mit einem Zinnüberzug versehen, der im Gebrauch sehr bald verschwindet. Es wird deshalb vor dem Kauf solcher Bestecke gewarnt. Wer wirklich erstklassige Bestecke mit rostfreien Stahlklingen und Löffel bester Qualitäten kaufen will, der wende sich vertrauensvoll an die Fachgeschäfte am Plage bezw. im Bezirk. Diese prüfen die Güte der Ware und verkaufen nur beste wieder schleißfähige Waren zu billigen Preisen. Die Fachgeschäfte bieten auch jede Garantie und außerdem die Möglichkeit umzutauschen oder zu reklamieren, während die Hausierer, die solche minderwertige Ware vertreiben, nie wiedertommen.

Kö. Nagold, 19. Oktober. (Eine neue Zeitung in Nagold.) Wie man hört, wird von Anfang November an in Nagold eine nationalsozialistische Bezirkszeitung „Schwarzwald-Wacht“ erscheinen und zwar in gleicher Aufmachung wie der NS-Bezirkszeitung in Calw. Die Drucklegung erfolgt in Pforzheim. Als Schriftleiter soll vorerst Kaufmann Fr. Walz in Nagold zeichnen.

Freudenstadt, 19. Oktober. (Die Fremdenliste.) Unsere Höhenkurstadt hat dieses Jahr trotz mancherlei Hemmnisse durch Politik und Wetter doch einen recht befriedigenden Fremdenverkehr gehabt. Es betrug die Zahl der Kurgäste im Jahr 1932 bis 30. September 33 043 (gegenüber 25 833 im Vorjahr). Die Zahl der Uebernachtungen betrug im Jahr 1932 bis 30. September 222 907 (gegenüber 221 673 im Vorjahr). Der Besuch unserer Stadt hat also auch im Jahr 1932 trotz aller Zeitnöten zugenommen. Das läßt auch für die weitere Zukunft hoffen.

Baiersbrunn, 19. Oktober. (Festgenommene Eindrehen.) In den letzten Tagen gelang es badischen Gendarmeriebeamten durch erfolgreiches Zusammenarbeiten mit dem

Freudenstädter Stationskommando Hermann Graf, Heinrich Banz und Josef Grünling, sämtliche aus Baden, die in der Nacht zum 4. Aug. ds. Js. in den Kellerräumen und dem gemischten Warengeschäft des Seifenfieders Ernst Gaiser in Baiersbrunn einen unerlaubten Besuch gestattet und dabei 360 Stück frische Eier, mehrere Kilogramm Margarine, Käse aller Art, Kautabak, Konfitüren, Schokolade sowie mehrere Flaschen Wein und Malaga im Gesamtwert von 165 Mark auf erschwerter Weise gestohlen hatten, dingfest zu machen. Nebenbei haben sie nicht weniger als 45 Fahrraddiebstähle verübt. Zur Fortschaffung des Diebesguts hatten die Diebe einen Personenkraftwagen benützt, mit dem sie auch an verschiedenen anderen Orten in Baden ihre nächtlichen Raubzüge ausführten.

Deiselsbrunn, O.A. Herrenberg, 18. Oktober. (Abschied.) Nach zehnjähriger Tätigkeit schied Pfarrer Haug (zu-vor Stadtpfarrer in Altensteig) aus unserer Gemeinde und aus dem Amt, um sich der wohlverdienten Ruhe hinzugeben. Er hat in dieser Zeit den Dank und die Anhänglichkeit der Gemeinde in vollem Maße erworben. Die Gemeinde ließ es sich daher nicht nehmen, ihm einen würdigen Abschied zu bereiten.

Stuttgart, 19. Okt. (Krebsbekämpfung.) Der neue Vortragszyklus des Redners, Herren Dr. Wetterer, Präsident des Deutschen Bundes für Krebsbekämpfung, früher Mannheim, jetzt Leiter des Deutschen Radiumheims in Redargemünd, findet Freitag, 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Hotel Ratquardt statt. Der Redner verfolgt mit der Demonstration den Zweck, die Panikstimmung gegenüber dem Krebs zu zerstreuen. „Krebs haben, ist nicht mehr gleichbedeutend mit Verlorensein“.

Bödingen O.A. Heilbronn, 19. Okt. (Einbruch in die Stadtkirche.) Zur nächtlichen Stunde wurde in der evang. Stadtkirche ein Einbruch verübt. Der Dieb, ein 19-jähriger Burche, dem nur wenige Pfennige in die Hände fielen, konnte durch die Kriminalpolizei ermittelt werden.

Deiselsbrunn O.A. Maulbronn, 19. Okt. (Falschmünzwerkstätte entdeckt.) In einem neueren Hause wurde eine Falschmünzwerkstätte entdeckt. Die ganze Familie wurde verhaftet. Die Falscher hatten 5-Markstücke hergestellt.

Bernhardsdorf O.A. Kalen, 19. Okt. (Brand.) Zum drittenmal innerhalb weniger Wochen brannte es in unserem Ort. Abends brach in der Scheuer des Landwirts Anton Abele (Stoffelbauer) Feuer aus. Die daneben stehende Kapelle und ein Badhaus hatten schon Feuer gefangen. Nach mehrstündiger Arbeit war die Gefahr einer Weiterverbreitung des Feuers beseitigt. Als Ursache wird Brandstiftung vermutet.

Unterlössen O.A. Kalen, 19. Okt. (Verunglückter Segelflieger.) Gestern mittag wollte der 30 Jahre alte verheiratete Maschinenführer Heinrich Hunold von hier seine Prüfung als Segelflieger ablegen. Pflöchl wurde das Flugzeug von einer harten Windböe in rascher Geschwindigkeit an den Abhang des Grünbergs gedrückt. Dabei hat Hunold beide Oberschenkel gebrochen.

Tübingen, 19. Okt. (400 Prozent Bürgersteuer.) Der Gemeinderat beschloß, im Jahr 1933 nur 400 Prozent Bürgersteuer zu erheben und auf die Geträndesteuer vorläufig zu verzichten. Damit verzichtet der Gemeinderat auch auf die üblichen Zuschüsse, die ohnedies auch nicht mehr sehr hoch sind.

Juffenhäuser, 19. Okt. (Schwerer Zusammenstoß.) Am Dienstag verunglückten zwei Kraftwagen bei der Flegelerei Knecht. Einer der Kraftwagen geriet ins Schleudern und fuhr einem anderen Auto in die Flanke. Dabei wurden fünf Personen verletzt, davon zwei schwer.

Wangen i. N., 19. Okt. (Kurs für Molkerei.) Die Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Wangen i. N. veranstaltet bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 2. bis 30. November d. J. einen Unterweisungskurs über Molkereiwesen.

Hafenweiler O.A. Ravensburg, 19. Okt. (Brand.) In der Nacht auf 15. Oktober ist das zusammengebaute landwirtschaftliche Anwesen des M. Wielath in Cobach, Gemeinde Hafenweiler vollständig ein Raub der Flammen geworden. Die Familie konnte sich nur notdürftig belfeiden retten. Auch sämtliche Hühner sind mitverbrannt. Die Entstehungsurache dürfte wohl auf Kurzschluss zurückzuführen sein.

Engtweiler O.A. Badlee, 19. Okt. (Brand.) Montag nacht stand plötzlich das unbewohnte alte Wohn- und Scheuergebäude des Landwirts Heinrich Birk hier in hellen Flammen. In kurzer Zeit brannte das alte, hauptsächlich aus Holzschwerk bestehende Haus zusammen.

Ulm, 19. Okt. (Tödlich verunglückt.) Der verheiratete Brauereiegepedit Karl Beck von Neu-Ulm fiel in der Löwenbrauerei durch einen Fehltritt von der Bühne in den Aufzugschacht bis in das Erdgeschloß herunter. Die Verletzungen hatten den Tod zur Folge.

**Aus Baden**

Freiburg, 19. Oktober. (Ein Jahr Gefängnis wegen zwei Stallhähnen.) Eine harte Strafe erfuhr ein 39-jähriger Landwirt aus Schallstadt, der in angetrunkenem Zustande nachlässigerweise einem Nachbar zwei Kaninchen aus dem Stall entwendete. Der Angeklagte lebte in auskömmlichen Verhältnissen und ist selbst Besitzer von vierzig Kaninchen, so daß ihm eine Kostgasse nicht zugestanden werden konnte. Da außerdem Rückfallschicksal unter erschwerten Umständen vorlag, das Gericht trotz Jubiläumsgünstiger Umstände eine rechtliche Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis zu verhängen.

**Schöne weiße Zähne**

erhalten Sie bei höchstem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch, Tube 50 Pf., und 60 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Versuch dafür zurück.

**Protest der Kraftfahrer**

Stuttgart, 19. Okt. Viele Kraftfahrer versammelten sich auf Einladung des ADAC zu einer Protestkundgebung im Bärenmuseum. Die Stimmung war äußerst gereizt, und als der Redner des Abends die Behandlung des Kraftfahrers durch Treibstoffindustrie und Fiskus schilderte, wurde er oft mit Zurufen wie „Standal, unerhört!“ unterbrochen. Als er gar die Frage stellte, was hiergegen zu tun sei, rief die Versammlung wie aus einem Munde: „Fahrzeuge abmelden!“ Gaußhufius Dr. Kolt zeigte die Belastung, die das deutsche Kraftfahrwesen langsam zum Erliegen bringt. Die in dem Spiritusmonopol vereinigten interessierten Kreise konnten mit Regierungshilfe die Kraftfahrer zwingen, zu übermäßig hohen Preisen ihnen den Kartoffelspiritus abzukufen. Dazu gezielten sich bestimmte Kreise der Industrie, die sich Subventionen aus den Taschen der Kraftfahrer holten. Die Reichsbahn fühlte sich durch den Kraftwagen in ihrer Konkurrenzfähigkeit und in ihrem finanziellen Bestand bedroht und veranlaßte die Knebelung des Gütertransportes. Und jetzt haben sich auch die großen Benzinfirmen unter Duldung und Förderung des Reichswirtschaftsministeriums zu einem Kartell zusammengeschlossen. Das auch die geldbedürftigen Gemeindeverwaltungen sich an diesem Beutefeldzug in Form von Anerkennungsgebühren, Schlauchleitungsgebühren usw. beteiligen, ist selbstverständlich. So legte sich der Preis von einem Liter Benzin zusammen, das in Stuttgart 40 Pfg. kostet, aus einem Einfuhrpreis loco Hamburg von 6 Pfg., Zoll 18 Pfg., 3 Pfg. für die 10prozentige Spiritbeimischung, die Fracht nach Stuttgart mit etwa 3,5 Pfg. und etwa 9,5 Pfg. für Tankstellenverwaltung und Benzinfirma. Die Gesamtbelastung des deutschen Kraftverkehrs durch den Fiskus belaufe sich auf 547,5 Millionen RM. Davon entfielen 160 Millionen allein auf Subventionierungen, die von den Kraftfahrern als ganz großes Unrecht empfunden würden. Es sei eine Legende, daß durch den Spiritbeimischungszwang der Landwirtschaft geholfen würde. Von 1,15 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben über 5 Hektar hätten nur 5000 in Württemberg 3/8 kein edeliger, das Brennrecht. Der ADAC fordere alle Kraftfahrer auf, ihm darüber Auskunft zu erteilen, ob sie bei den in Kraft getretenen Belastungen ihren Fahrzeugbetrieb noch aufrechterhalten wollen und ob sie sich an einer organisierten Abmeldung der Fahrzeuge beteiligen wollen.

Am Schluß der Kundgebung wurde eine Entschlieung einstimmig angenommen: „Die Kraftfahrer protestieren gegen die Abwürgung und die Erdrosselung des Kraftverkehrs. Wir verlangen Feuerliche Erleichterung. Wir verlangen aber vor allem, daß die dem Kraftverkehr auferlegte Sonderbelastung ausschließlich zu produktiven Zwecken des Wogebaus verwendet und nicht das Geld der deutschen Kraftfahrer allen möglichen privaten Interessenten zugelschont wird. Wir protestieren daher gegen den Spiritbeimischungszwang, gegen die Betriebsstoffschneise und gegen die Ausbeutung durch das Kartell. Wir sind entschlossen, in diesem Kampf alle gesetzlichen Mittel, auch die der organisierten zeitweisen Stilllegung unserer Kraftfahrzeuge, anzuwenden.“

**Der württembergische Staatspräsident im Wahlkampf**

Weidenstadt O.A. Leonberg, 19. Okt. Staatspräsident Dr. Holz sprach in einer Wahlversammlung der Zentrumsparlei des Bezirks Leonberg. Er kam auf seinen Kampf bei den letzten Wahlen zu sprechen und erklärte: Wir haben im Nationalsozialismus eine ernste Gefahr, weil diese Partei die Diktatur auf ihre Fahne geschrieben hatte. Ihre Alleinherrschaft wäre eine schwere Gefahr für unser Volk gewesen und deshalb haben wir so leidenschaftlich gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Diesmal können wir den Wohlkampf ruhiger führen, weil wir diese Gefahr für überwunden betrachten. Nach den Wahlen werden wir erneut vor der Frage stehen, ob wir mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten können. Wir waren auch in Württemberg bereit, mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten. Aber ihre Ansprüche (Ministerpräsident und Polizei) kamen uns verächtlich vor. Wenn die Nationalsozialisten uns das zeitweilige Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten zum Vorwurf machen, so sagen wir: Wir beklamen wie immer den Marxismus, halten es aber für falsch, die Sozialdemokraten von der Arbeit auszuschließen, wie es falsch wäre, die Nationalsozialisten grundsätzlich von der Arbeit auszuschließen.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

„Adolf Hitler-Haus“ in Berlin. Dienstag nachmittag wurde das neue Parteihaus der Berliner Nationalsozialisten in der Poststraße Nr. 11 eingeweiht und dem Verkehr übergeben. Dieses Parteihaus trägt den Namen: „Adolf Hitler-Haus“.

Drei Todesopfer der Schlagwetterexplosion bei Naden. Drei der bei dem Unglück auf der Grube „Sophia Jakob“ in Hückelhöfen schwer verletzten Bergleute sind gestorben. Drei weitere Opfer des Unglücks schweben noch in Lebensgefahr.

Drei Bergleute verkränkt. Auf der Grube Götterhorn im Rißbachthal im Saargebiet, wurden drei Bergleute verkränkt. Sie konnten sofort befreit werden, doch haben alle drei schwere Verletzungen erlitten.

254 000 Flots unterzshlagen. Obersichtmelster Kiech und Rechnungsführer Budell, die auf dem Bergwerk in Kattowich beschäftigt sind, wurden verhaftet, weil sie 254 000 Flots im Laufe von 12 Jahren unterzshlagen haben sollen.

**Aus dem Gerichtssaal**

**Das Urteil im Böblinger Landfriedensbruchprozess**

Stuttgart, 19. Okt. Entgegen der Ansicht des Staatsanwalts stellte sich die Große Strafkammer im Böblinger Landfriedensbruchprozess auf den Standpunkt, daß die Beweise nicht ausreichen, auch nur einen der Angeklagten wegen Landfriedensbruch zu verurteilen. Soweit Beurteilung erfolgte, geschah es lediglich unter dem Gesichtspunkt des Waffenergebens. Insgesamt 4 Kommunisten und ein Nationalsozialist wurden zu je 3 Monaten Gefängnis und ein weiterer Nationalsozialist zu 3 Monaten 20 Tagen Gefängnis, sowie zu einer Geldbuße von 120 RM verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In einem Fall war für das Gericht mitbestimmend, daß einer der Zeugen einen so miserablen Eindruck machte, daß seine Angaben nicht verwendet werden konnten. Der Staatsanwalt hatte gegen 5 Nationalsozialisten und 7 Kommunisten Gefängnisstrafen von 2 bis 8 Monaten beantragt.

Schwarzericht

Kottweil, 19. Okt. Das Schwarzericht hat die 40 Jahre alte Landwirtschafterin Emma Müller von Weilheim Oß Luttlinger wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Ferner wurde der 49 Jahre alte verheiratete Adolf Emmen Egger von Jepsleben Oß Kottweil wegen versuchten Totschlages zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Handel und Verkehr

Berliner Probantenliste vom 19. Okt. Weizen m.ä. 197 bis 199, Roggen m.ä. 154-156, Braugerste 175-185, Futter- und Industriegerste 167-174, Hafer m.ä. 132-136, Weizenmehl 24,75-28,25, Roggenmehl 20,25-22,75, Weizenkleie 9,40-9,75, Roggenkleie 8,40-8,80, Bistrotzerbrot 22-26, Meise Speiseerbsen 20-23, Futtererbsen 14-17 RM. Allgemeine Tendenz: schwach.

Märkte

Viehpreise. Bernloß: Jungvieh 80-170, Kalbinnen 170 bis 300, Rube 250-380 RM. - Laupheim: Kälber und Böden 75-220, Kalbein 305-445, Rube 100-440 RM. - Weilderhadt: Ochsen 235-375, Stiere 165-220, Rube 210 bis 300, Kalbein 315-390, Einzelvieh 56-240 RM. - Rausenbürg: Antellrinder 70-230, trächtige Rube 220-340, Milchläde 180-300, Kalbein 200-360 RM. - Riedlingen: Ferkel 140-530, Lohen 220-430, Kalbinnen 280-410, Rube 150-270, Jungvieh 160-280, Pferde 200-900 RM.

Schweinepreise. Aalen: Milchschweine 12-19 RM. - Bernloß: Milchschweine 14-20 RM. - Laupheim: Milchschweine 13-19, Mutterchweine 85-130, Ferkel 30-40 RM. - Riedlingen: Milchschweine 12-18 RM. - Riedlingen: Milchschweine 11-19, Mutterchweine 100 bis 120 RM. - Tütlingen: Milchschweine 10-19 RM. - Weilderhadt: Ferkel 22-41, Milchschweine 10,50-19,50 RM.

Stuttgart, 19. Okt. (Makromarkt auf dem Nordbahnhof.) Seit 17. Oktober wurden 110 Wägen neu aneinführt, und zwar aus Württemberg 1, Österreich 30, Tschechoslowakei 7, Jugoslawien 28, Italien 44. Nach auswärts sind inzwischen 35 Wägen abgegangen. Preise heute wagenweise für 10.000 Kilo von 850 bis 1150 RM., und zwar für Obst aus Italien 850-930 RM., im übrigen 1020-1150 RM., im Kleinverkauf 5,30-6,30 RM. für 50 Kilo, Marktfrage; ziemlich lebhaft.

Holzverkaufserlöse in Württemberg. Nach den Mitteilungen der Württ. Forstdirektion über die bei Holzverkäufen aus württembergischen Staatswäldungen erzielten Erlöse wurden im Oktober für Fichten und Tannen zwischen 33 und 45 Prozent, für Buchen und Eichen zwischen 35 und 45 Prozent der Landesgrundbesitz-Erlöse. Die Erlöse bei Laubhainholz bewenteten sich zwischen 70 und 81 Prozent. Schluchtholz kostete pro Raummeter 4,50-6 RM.

Holzpreise

Begweiler, 18. Oktober. Die hiesige Gemeinde verkaufte ca. 100 fm. Langholz, 1. und 2. Klasse, neuer Fiech, schönes, langes, feuberes Holz. Auf das Langholz wurden nur zwei Offerte abgegeben. Den Zuschlag erhielten Gebrüder Rath, Sägewerk in Dornhan, um 40 Prozent der Landesgrundpreise.

Stuttgarter Baummarkt vom 19. Okt. In der heutigen Baum- und Restauktion wurden für das württ. Auktionsamt folgende Preise erzielt: Kahlbäume 30-49 Fm. 20,5-31, 50-59 Fm. 35 bis 43, 60-79 Fm. 43-48, 80-100 und mehr Fm. 39 Fm.; Eichenbäume bis 29 Fm. 23, 30-49 Fm. 26,5-27, 50-59 Fm. 38-37, 60-79 Fm. 42-46, 80-99 Fm. 34,5-40,75, 100 und mehr Fm. 37-38 Fm.; Rinderbäume 30-49 Fm. 38-42,5, 50 bis 59 Fm. 48-50, 60-79 Fm. 40,5-51,5, 80 und mehr Fm. 48,75 Fm.; Kahlbäume bis 29 Fm. 30, 30-59 Fm. 27,25-30, 60 bis 79 Fm. 25-29, 80-99 Fm. 22,5-27, 100 und mehr Fm. 20 bis 29 Fm.; Kahlbäume bis 9 Fm. 55-61,75, 9,1-15 Fm. 45,5 bis 51, 20,1 und mehr Fm. 55 Fm.; Schuchalbäume 35,25, Freileitende 32 Fm.; Schellfische, vollwollig 20, halbwoollig 22 Fm. Tendenz: Bei normalem Bedarf schwächten die Preise sowohl für Großbäume wie auch für Kahlbäume um einige Pfennige ab. Nächste Auktion: 16. November.

Herbstnachrichten

Georgentod. Die allgemeine Weinlese ist in vollem Gange. Der Reisertrag der Trauben ist vollkommener als im Vorjahr.

Sönnigheim. Weinmarkt belebt bei Preisen von 157 bis 170 RM. je drei Hektoliter.

Herbstnachrichten. In Dürrensimmern wurde gestern Verkauf zu 185-190 RM. getätigt. - In Dauten a. S. wurde bei lebhafter Nachfrage alles verkauft zu 160 RM. pro Eimer, ebenso in Franzenstimmern, wo für den Eimer 170 RM. erzielt wurden. - In Daberichlacht wurde die Weinleseernte des dortigen Weinbauvereines abgedroschen, da die Käufer mit Angeboten sehr zurückblieben. Im freien Handel wurden Verkäufe zu 180-185 und 190 RM. abgeschlossen. - In Brexfeld wurde zu 160 RM. pro Eimer verkauft. - In Sönnigheim ist der Weinmarkt belebt bei bleibenden Preisen von 157-170 RM.

Bübler Traubenmarkt vom 17. Okt. Trauben 8-8,30 RM. Anfuhr von Trauben etwa 400 Zentner.

Letzte Nachrichten

Waffenandrang zum Redeuell. Deutschnationale - Nationalsozialisten.

Berlin, 19. Okt. Die deutschnationale Wählerversammlung in der Hasenheide, wo Dr. Göbbels Gelegenheit gegeben wurde, mit dem Abg. Steur und anderen deutschnationalen Rednern zu diskutieren, mußte schon eine Stunde vor Beginn polizeilich geschlossen werden. Der 4000 Personen fassende

große Saal der „Neuen Welt“ war überfüllt. Gänge und Balkons waren verstopft. Kurz nach acht Uhr erschien Dr. Göbbels, von seinen Anhängern mit minutenlangen Heilrufen begrüßt im Saal.

Der Wahlsfeldzug Adolf Hitlers

Oppeln, 19. Okt. Adolf Hitler sprach heute abend in Oppeln. Auch hier beantwortete er zugleich die Frage, warum er am 13. August abgelehnt habe und bezeichnete weiter das Elend der Wirtschaft als eine Folge des politischen Zerfalls.

In Gleiwitz sprach in zwei Parallelsammlungen Gregor Straßer, der scharfe Kritik an der Regierung, insbesondere deren Wirtschaftsprogramm übte. Er entwickelte dann das nat.-soz. Arbeitsbeschaffungsprogramm und betonte, daß mit 5 Milliarden Reichsmark das gesamte Arbeitslosenproblem in 5 Jahren zum Wohle des Volkes gelöst werden könne.

Geborben

Wildberg: Heinrich Böckle, Förster, 63 Jahre alt.

Better für Freitag

Wettliäcker Hochdruck und eine nördliche Depression beeinflussen die Wetterlage. Für Freitag ist zwar zeitweilig aufbelebendes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Laut.

Druck der B. Rieker'schen Buchdruckerei, Inh. L. Laut, Altensteig

Geschäftliche Mitteilungen

Man kann nicht alles probieren. Dies ist der Standpunkt, den heute viele Hausfrauen gegenüber den unzähligen neuen Artikeln einnehmen. Man kann dies wohl begreifen, wenn man weiß, wie oft unsere Hausfrauen durch solche „Neuerungen“ um ihr gutes Geld gebracht werden. Diese Gefahr besteht bei Kineffa-Holz Balsam und Kineffa-Bohnerwachs nicht. Die enormen Vorzüge dieser Produkte für die Behandlung von Ferkel, Pinoleum, Fußböden, Dielen, Möbel, usw. sind durch maßgebende Gutachten der Wissenschaft und Praxis und durch die Organisationen der deutschen Hausfrauenvereine im Rahmen von Millionen von Hausfrauen anerkannt. Wer also diese Produkte kauft, hat die unbedingte Gewähr, nicht Geld hinaus zu werfen, sondern Geld zu sparen, denn die mit der Verwendung von Kineffa-Holz Balsam und Kineffa-Bohnerwachs verbundenen Arbeitserleichterungen und Vorteile sind heute allgemein anerkannt. Sparsame Hausfrauen verwenden daher bestimmt nur Kineffa-Holz Balsam und Kineffa-Bohnerwachs. Erhältlich bei Schwarzwald-Drogerie Fr. Schlumberger, Altensteig.

„Das Flötenkonzert von Sanssouci!“

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Altensteig-Stadt belegenen, im Grundbuch von Altensteig-Stadt, Heft 253 Abteilung I Nr. 1, 2, 4 und 5 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des

Friedrich Brenner,

Weggers beim „Waldhorn“ und seiner Ehefrau Ernestine Brenner geb. Koch in Altensteig, Gesamtgut kraft allgemeiner Gütergemeinschaft eingetragenen Grundstücke:

- 1. Parz. Nr. 477 Land- und Baumwiese im Hellesberg 10 a 37 qm
2. Geb. Nr. 74 Wohnhaus mit Wohnhausanbau, Schwefelstein, Trauf- und Giebelrecht, Danglege, Holzlege und Hofraum am Walkenweg 3 a 23 qm
3. Parz. Nr. 439 a, b, c. Baumwiese und Grasrain, Hellesberg 7 a 38 qm
4. Geb. Nr. 81 (Erbbaurecht) ein gewölbter Bierstiller in Parz. 81 am Walkenweg, gemeinderätlich geschätzt am 12. Oktober 1932:

Table with 3 columns: Ziff., Wert, heut. Verkaufswert. Ziff. 2: 8500 R.M., 6365 R.M., 5865 R.M. Ziff. 1: 225 R.M., 225 R.M., 225 R.M. Ziff. 3: 175 R.M., 175 R.M., 175 R.M. Ziff. 4: 1500 R.M., 800 R.M., 500 R.M. sowie Zubehörten: 265 R.M.

am Dienstag, den 6. Dezember 1932, vormittags 9 Uhr auf dem Rathause in Altensteig-Stadt versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Mai 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden, und wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses, dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Altensteig, den 18. Oktober 1932.

Kommissär: Bezirksnotar (gez.) J. r. n.



Am Freitag, den 21. Okt. abends 7/8 Uhr findet im Gasthof zur „Schwäne“ in Altensteig eine Mitgliederversammlung verbunden mit einem Verbesserungsvortrag statt. Interessenten sind höflichst eingeladen.

Die Mitglieder werden gebeten, möglichst vollzählig zu erscheinen.

Bausparkasse Deutsche Bauerngemeinschaft A.G. Leipzig Ortsgruppe Altensteig.

Altensteig



Schellfische o. Kopf Cabliaufilet Goldbarschfilet Bäcklinge, kleine empfiehlt

Chr. Burghard jr.

Zuverl. Person für dort. Bezirksfiliale als Generalvert. gesucht hoh. dauernder Verdienst Beruf gl. (kostenlos). Gehring & Co. G. m. b. H. Unkel / Rhein 2018

Verkaufe gegen bar folgende gutgehaltene

Möbel

- 1 Sekretär
1 Kasten
1 Nähmaschine
3 Nachttischen
1 Tisch, Stühle, Sopha
Bettkladen mit Köste usw.
Henzler, Weißgerber
S. H. Schalle.

Altensteig-Stadt Von Bedürftigen können wieder Fleischkarten zum Bezug von verbilligtem Frischfleisch abgeholt werden. Bürgermeisterrat.

12x im Jahr je 50 Handarbeiten

Vorlagen modernster Muster aller Techniken (viel Wäsche) in Beyers Monatsblatt für Handarbeit und Wäsche

zu jedem Heft Schnittbogen, Arbeitsbogen, Abplättmuster, monatlich 1 Heft für 70 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold.

Berned.

Ein größeres Quantum schöne

Mostbirnen

gibt preiswert ab Haus Nr. 5.

LUGER

Frische Seefische treffen heute ein:

- Rablan o. Kopf
Schellfische
Rablan-Filet
Bäcklinge



Es gefällt

bestimmt auch Ihnen, das neue Bleyle-Kostüm. Die besondere Strickart, der nette Sitz und die sparten Farben geben dieser Kleidung eine eigene Note.

Bleyle

unübertroffen in Quantität und Preiswürdigkeit.

Chr. Krauss.

Inserate

erbitten wir uns frühzeitig

Gefährlich ist's

auf einem Boden zu gehen, der mit einer dicken Wachs-schicht eingeschmiert wurde. Verwenden Sie deshalb das nach wischbare KINESSA-Bohnerwachs, denn diese Parfetti- und Pinoleumwische wird nur hauchdünn aufgetragen. Eine Pfunddose gibt 5-6 Zimmern (ca. 80 qm) herrlichen, trüffelsten Spiegelglanz, der wochen- und monatelang hält. Vorsichtige und sparsame Hausfrauen verwenden nur das wasserunempfindliche



KINESSA BOHNER-WACHS

Schwarzwald-Drog. Fr. Schlumberger

